

Pressemitteilung

Nürnberg, 26.03.2009
PM 035-09/LFGS
Gentechnik

Internationale Konferenz in der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften im Vatikan im Mai soll Agrogentechnik weltweit salonfähig machen – BN protestiert bei Papst Benedikt XVI. und fordert Programmänderung oder Absage

Vom 15. bis 19. Mai 2009 veranstaltet die päpstliche Akademie der Wissenschaft im Vatikanstaat eine Konferenz mit dem Titel: „Transgene Pflanzen für die Lebensmittelsicherheit im Entwicklungszusammenhang“. Programmtext und Referentenauswahl lassen nach Auffassung des BN darauf schließen, dass es sich bei der Studienwoche nicht um eine breite und unvoreingenommene Diskussion potentieller Einsatzgebiete transgener Pflanzen und der damit verbundenen gesundheitlichen, ökologischen und sozioökonomischen Risiken geht.

Eine extrem einseitig zusammengesetzte Auswahl an Referenten soll vielmehr der Weltöffentlichkeit die Botschaft vermitteln, transgene Pflanzen seien zur Linderung des Hungers in Entwicklungsländern unabdingbar und jeder, der dies bezweifle, verschließe die Augen vor der Not der Ärmsten und werde seiner Verantwortung für sie nicht gerecht.

Der Bund Naturschutz (BN) kritisiert diese Ausrichtung, denn der im letzten Jahr veröffentlichte Bericht des Weltagrarrates kommt zu ganz anderen Schlussfolgerungen. Hunger hat vielfältige Ursachen und kann nicht durch eine Anbautechnik gelöst werden, die zur Industrialisierung der Landwirtschaft führt. Der durch UN und Weltbank unterstützte Weltagrarrat fordert deshalb die Umstellung auf eine "multifunktionale" Landwirtschaft, die den Erhalt und die Erneuerung der natürlichen Ressourcen wie Wasser, Böden, Wälder und Artenvielfalt in den Mittelpunkt rückt. Notwendig sei die Rückbesinnung auf natürliche und nachhaltige Produktionsweisen.

In einem Brief fordert der BN- und BUND-Vorsitzende Prof. Dr. Hubert Weiger Papst Benedikt XVI. auf, die Studienwoche in der geplanten Form abzusagen oder in den Kreis der Referenten und Referentinnen kritische Wissenschaftler aufzunehmen, die auch über die Risiken der Agrogentechnik und nachhaltige Alternativen hierzu referieren können. „Ansonsten besteht die Gefahr, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, die Päpstliche Akademie der Wissenschaften lasse sich von Firmen und Teilen der Wissenschaft instrumentalisieren, um den Einsatz der Agrogentechnik in Entwicklungsländern zu forcieren“, so Hubert Weiger.

„Viele Verbraucher und Landwirte in Bayern haben sich inzwischen in Bündnissen gegen den Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Lebensmittelproduktion organisiert. Sie sind irritiert, dass im Vatikan eine Konferenz stattfinden soll, in der kritische Stimmen zur Agrogentechnik fehlen“, so die Sprecherin des BN Arbeitskreises Gentechnik, Dr. Martha Mertens.

In der Begründung legt der Bund Naturschutz dar, dass die meisten Referenten international als strikte Befürworter der Agrogentechnik bekannt sind und ein Teil auch enge Kontakte zu Unternehmen der Gentechnikbranche hat oder sogar Mitarbeiter dieser Firmen ist. Als Beispiele werden z. B. Eric Sachs von Monsanto, oder Marc van Montagu von der europäischen Vereinigung der Biotechnologie angeführt. Enge Beziehungen gibt es beispielsweise auch zwischen Monsanto, dem weltweit größten Akteur in Sachen Agrogentechnik, und Prof. Roger Beachy vom Donald Danforth Plant Science Center in St. Louis, USA oder Prof. Peter Raven, vom Missouri Botanical Garden, ebenfalls aus St. Louis.

Bericht des Weltagrarrates berücksichtigt

Der BN kritisiert zudem, dass der 2008 veröffentlichte Bericht des Weltagrarrates (IAASTD- „International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development“) überhaupt keine Erwähnung und Berücksichtigung im Programm der Studienwoche findet. Dieser von 400 Experten aus der ganzen Welt erstellte und von über 50 Regierungen unterstützte Bericht stellt fest, einfache Bauern, Arbeiter, ländliche Gemeinden und die Umwelt müssten den Preis für industriellen Intensivanbau in Monokulturen und mit gentechnisch veränderten Pflanzen bezahlen. Lokale Anbaupraktiken in Entwicklungsländern, die die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung und die Wirtschaft sicherten, würden unterwandert, und durch Patente der Konzerne stiegen zudem die Kosten.

Der BN verweist weiter darauf, dass gerade in Entwicklungsländern sich viele Menschen gegen eine Technologie mit extrem technisiertem Natur- und Menschenbild wehren, die alles machbar erscheinen lässt – ohne die langfristigen Konsequenzen zu kennen. Diese Technologie soll ihnen zudem mit dem Versprechen der Hilfe und unter Aushebelung von Gesetzen aufgezwungen werden - Gesetzen und Regelungen, die dem Schutz der Verbraucher und Landwirte sowie der Umwelt dienen. Die Menschen wollen selbst entscheiden und nehmen für sich das Recht, Nein zu sagen, das sich die europäischen Verbraucher und Landwirte erkämpfen, ebenfalls in Anspruch. Denn „Wo es keinen Ausstieg gibt, verbietet sich der Einstieg“.

Für Rückfragen:

Dr. Martha Mertens, BN und BUND Sprecherin AK Gentechnik,
Tel. 089 -580 76 93

Marion Ruppaner, BN Referentin für Landwirtschaft
Tel. 0911/81 87 8-20, E-Mail: marion.ruppaner@bund-naturschutz.de

Anlage: BN Übersetzung des Vorwortes zur Konferenz, übersetzt von Dr. Martha Mertens; Das Programm der Konferenz findet sich unter:
http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_academies/acdscien/documents/rc_pa_acdscien_doc_20020103_index_general_en.html

Päpstliche Akademie der Wissenschaften

Studienwoche

**Transgene Pflanzen für die Nahrungsmittelsicherheit im
Entwicklungszusammenhang**

15. – 19. Mai 2009, Casina Pio IV

I. Potrykus: Einführung – Hindernisse für den Einsatz der Biotechnologie zur Armutsbekämpfung

Armut in Entwicklungsländern ist zumeist mit geringer landwirtschaftlicher Produktion verbunden. Die unzureichende Qualität und Quantität von Lebensmitteln gefährdet die physische und mentale Entwicklung von Menschen. Eine durch Unterernährung bedingte verringerte Abwehrkraft gegen Krankheiten verstärkt diese Belastung und führt nicht selten zum Tod. Vorhandene Techniken (Dünger, verbessertes Saatgut, Bewässerung, Pestizide) können – korrekt eingesetzt – die Erträge sicher und nachhaltig erhöhen. Hohe Kosten und Infrastrukturprobleme (Fehlen von Straßen, Krediten und Marktzugang sowie Handelshemmnisse) reduzieren jedoch die Fähigkeit von Kleinbauern, diese lebenserhaltenden und –sichernden Technologien einzusetzen.

Pflanzengentechnologie bietet ein großes Potential zur Verbesserung der Lebensqualität der Armen. Wird die Technologie mit dem Saatgut geliefert, entstehen kaum logistische Probleme, die ansonsten mit verpackten Gütern auftreten, denn Bauern können Saatgut weitergeben. Ist die ursprüngliche Forschung abgeschlossen, sind die „Kosten des Gutes“ (d.h. einer gentechnisch erzeugten Eigenschaft des Saatguts) gleich Null. Die gesamte Entwicklungszeit bis zur Marktreife ist für gentechnisch erzeugtes und konventionelles Saatgut vergleichbar. Für einige Eigenschaften ist die konventionelle Züchtung gar keine Option, sie können nur durch gentechnische Veränderung erzeugt werden. Fragen des geistigen Eigentums (der Patentierung) sind in Entwicklungsländern im Bereich der kleinbäuerlichen Landwirtschaft üblicherweise kein Hindernis.

Festzuhalten ist, dass die Akzeptanz der kommerziellen Agrogentechnik extrem rasch vonstatten ging, sogar in Entwicklungsländern. Allerdings wurde trotz vieler Forschungsprojekte in Entwicklungsländern das Potential, das in öffentlich finanzierter Forschung liegt, nicht realisiert. Die Politisierung der Genehmigungsverfahren stellt ein extrem wichtiges Hindernis beim Einsatz der Gentechnik in öffentlichen Forschungseinrichtungen dar. Kosten, Zeitplan und Verlauf der Produkteinführung werden so massiv negativ beeinflusst. Projekte für die Armen können ihre Vorteile nicht ausspielen, insbesondere im Entwicklungszusammenhang. (Ohne derartige politische Behinderung wäre die Technologie sehr gut zur Übernahme durch Wissenschaftler und Bauern in Entwicklungsländern geeignet, da sie keine intensive Kapitalausstattung benötigt). Das derzeitige Genehmigungsverfahren ist bürokratisch und nicht wissenschaftlich bedingt: trotz rigoroser Untersuchungen in mehr als einem Jahrzehnt kommerzieller Nutzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) wurden keine begründeten ökologischen oder gesundheitlichen Risiken festgestellt. Die Opposition gegen die Gentechnik in der Landwirtschaft ist in der Regel ideologisch begründet.

Das riesige Potential der Agrogentechnik, mehr und nahrhaftere Lebensmittel für die Armen zu produzieren, geht verloren, wenn die GVO-Zulassung nicht verändert wird – vom extremen Vorsorgeprinzip hin zum Wissenschafts-basierten Ansatz.

Wenn wir die Agrogentechnik in ihren breiten Anwendungsgebieten für die Armen retten wollen und damit öffentliche Einrichtungen in Entwicklungs- wie in Industrieländern ihre Vorteile zum Nutzen Aller zum Tragen bringen können, ist es extrem wichtig, gesellschaftliche Meinungen sowie gesetzliche Regelungen zu ändern.

Das Programm der Studienwoche umfasst acht Teile:

- I. Die **Einführung** befasst sich mit dem Problem des zunehmenden Nahrungsmangels in Entwicklungsländern, der Notwendigkeit, Nutzpflanzen und die landwirtschaftliche Produktivität laufend zu verbessern, den Perspektiven der Agrogentechnik und der Barriere für deren effizienten Einsatz, dem eingeführten Konzept der „extremen Vorsorgeregulungen“.
- II. **Beiträge durch transgene Pflanzen** stellt Pflanzen vor, die tolerant sind gegen abiotischen und biotischen Stress, die Wasser besser nutzen und die eine höhere Nahrungsqualität – weniger Allergene und Toxine – aufweisen, Pflanzen, die bereits im Einsatz sind oder sich im Stadium der Forschung und Entwicklung befinden. Nach einer Darstellung der aktuellen Situation und der weltweiten radikalen Ablehnung der Agrogentechnik wird diskutiert, ob GVO die Artenvielfalt reduzieren oder verbessern. Wege zu nachhaltigen Erträgen werden aufgezeigt, einschließlich der Beiträge der Privatwirtschaft, die humanitäre Projekte unterstützt.
- III. **Stand der Technologie:** Beispiele aus Indien, China, Afrika und Argentinien zeigen, welche Produkte die regulatorischen Hürden überwunden haben. Probleme des geistigen Eigentums (Patentierung) und seiner Lösung werden dargestellt, es folgt ein Diskurs über die ethischen Fragen der Nutzung und der Nicht-Nutzung transgener Pflanzen. Schließlich werden Stiftungen genannt, die mehr und mehr humanitäre Projekte unterstützen und so die Lücke füllen, die der öffentliche Sektor nicht zu schließen vermag.
- IV. **Potentielle Effekte auf die Entwicklung:** Transgene Pflanzen könnten eine wichtige Rolle für die Armen spielen, wenn sie nicht in der Öffentlichkeit als so risikobehaftet dargestellt würden.
- V. **Potentielle Risiken und Risikomanagement:** Ob es hierfür überhaupt eine wissenschaftliche Grundlage gibt, wird diskutiert. Ein Vergleich der molekularen Veränderungen im Genom durch natürliche genetische Variation mit der gentechnischen Veränderung wird zeigen, dass es kaum Gründe gibt, Risiken der gentechnischen Veränderung zu fürchten. In detaillierten Fallstudien werden potentielle Risiken für Verbraucher und Umwelt erörtert sowie die Frage, ob irgendein Fall auftrat, der zu Besorgnis Anlass gab. Es folgen Lektionen, die wir nach 25 Jahren Nutzung, Sicherheitsstudien und Genehmigungsverfahren gelernt haben sollten sowie ein Vergleich zwischen Gentechnik-Mythen und der Realität.
- VI. **Es muss keine Konkurrenz zwischen Agrosprit- und Nahrungsmittel-Produktion geben:** Die Konfliktlinien Spirit oder Nahrungsmittel werden aufgezeigt sowie neue Ansätze zur Produktion von Agrosprit aus biologischem Material, das nicht mit Nahrungspflanzen, Ackerland und um Wasser konkurriert.
- VII. **Hindernisse für einen effektiven Einsatz für die Armen:** Dargelegt wird, welche gesetzlichen – ohne wissenschaftliche Grundlage erlassenen - Regelungen die Einführung der Agrogentechnik zum Nutzen der Armen behindern. Behandelt werden auch das von Europa in die ganze Welt ausstrahlende politische Klima, die damit verbundenen Konsequenzen für Gesetze und Handel, die die öffentliche Forschung behindernde Überregulierung von GVO, die finanzielle Unterstützung von professionellen Anti-Gentechnik-Gruppen durch Regierungen, die allgemein geringe Förderung der Agrarforschung und der Bann für GVOs in öffentlichen Forschungs-Einrichtungen, die auf die finanzielle Unterstützung von Spenderländern in Europa angewiesen sind, wie etwa die „Consultative Group for International Agricultural Research“ (CGIAR).
- VIII. **Wege zur Überwindung dieser Hemmnisse:** Dieser letzte Teil ist der wichtigste. Er zielt darauf ab, Strategien zu entwickeln, wie die gesetzlichen Regelungen an die inzwischen gesammelte Erfahrung und das Wissen (über GVOs) anzupassen sind, um die

Technologie von den „ungesunden Fesseln des extremen Vorsorgeprinzips“ zu befreien. Der öffentliche Sektor in Entwicklungs- und Industrieländern soll so befähigt werden, durch Forschung und Entwicklung das Potential transgener Pflanzen für Nahrungssicherheit und Entwicklung zu nutzen.

Wie aus dem Programm ersichtlich, ist dies keine der üblichen Wissenschaftskonferenzen. Vielmehr sollen das Potential der Agrogentechnik dargestellt und die Gründe analysiert werden, die ihren Einsatz zum Nutzen von Kleinbauern ausgeschlossen haben. Wenn wir die Agrogentechnik in ihrer breitesten Anwendung für die Unterprivilegierten retten wollen, müssen wir gesellschaftliche Meinungen über GVOs ändern, einschließlich gesetzlicher Regelungen. Dies scheint eine unmögliche Aufgabe, da das extreme Vorsorgeprinzip als Grundlage gesetzlicher Regelungen in den meisten Ländern etabliert wurde. Es findet breite Unterstützung bei Politik, Medien und Öffentlichkeit und zahlreiche NGOs sorgen dafür, dass es rigoros angewandt wird – sie würden sogar strengere Regelungen begrüßen. Aufgrund der negativen Wirkung dieses Prinzips und seiner mangelnden wissenschaftlichen Grundlage sollte zumindest einmal ernsthaft versucht werden, das System zu verändern. Die Idee der Studienwoche ist, herauszufinden, wie dies geschehen kann.

Wir müssen Argumente finden

- warum Nahrungssicherheit für die Armen des effizienten Zugangs zur Agrogentechnik bedarf
- warum „extreme Vorsorgeprinzip-Regelungen“ ungerechtfertigt sind
- um die sozialen und ökonomischen Konsequenzen der Überregulierung aufzuzeigen
- wie gesetzliche Regelungen, die auf Ideologie basieren, hin zu solchen auf wissenschaftlicher Basis zu verändern sind

Wir müssen auch Ideen entwickeln, was eine „auf Wissenschaft gründende Regulierung“ bedeuten würde, wir müssen Strategien entwickeln, wie Medien, Öffentlichkeit, Behörden und Regierungen zu informieren sind, dass es nicht gerechtfertigt, ja unmoralisch ist, mit den derzeitigen Einschätzungen und Verfahren fortzufahren.

Um das notwendige globale oder regionale Programm umzusetzen, wird der Studienwoche voraussichtlich ein zweites Treffen folgen müssen, da nicht ausreichend Zeit vorhanden sein wird, um alle Probleme detailliert zu diskutieren und ein solides Umsetzungsprogramm zu entwickeln. Der Abschluss des Projektes wird vermutlich unterstützt durch das derzeit weltweit vorhandene große Interesse an Fragen der Nahrungsmittelproduktion und –sicherheit - sogar für die Armen.

Übersetzung aus dem Englischen:

Dr. Martha Mertens, BN-BUND Sprecherin AK Gentechnik, 25.3.2009